

2009: Hoffnung und Sorgen für Bolivien

Zu Beginn des Neuen Jahres möchten wir Euch allen zunächst alles Gute für 2009 wünschen. Möge der lebendige Gott Euch mit seiner zärtlichen Hand begleiten, Euren Geist erleuchten und Euer Herz immer wieder erweichen.

Zugleich möchten wir es nicht unterlassen, Euch für das gezeigte Interesse an unserer Arbeit, an diesem „vergessenen“ Land am anderen Ende der Welt, für Eure Anteilnahme und die tatkräftige Unterstützung durch eine Spende, eine Mail, einen Brief oder einfach das stille Gebet oder einen guten Gedanken danken. Ohne dieses Netz der Solidarität und des Bewusstseins der „Einen Welt“ könnten wir unsere Arbeit nicht machen.

Und schliesslich möchten wir Euch alle darauf aufmerksam machen, dass neben diesen elektronischen „Noticias“ zweimal im Jahr ein gedruckter Rundbrief von uns erscheint, in dem wir mehr über uns und unsere Arbeit berichten (siehe auch am Schluss dieses Briefes).

Hoffnungszeichen nach einer turbulenten Zeit

Die Monate Oktober haben in Bolivien einen eher schlechten Ruf: da war der so genannte „Schwarze Oktober“ von 2003, in dem nach einem Volkaufstand über 70 Tote fielen, was die Flucht des damaligen Präsidenten nach sich zog.

Der Oktober 2008 schien auch wieder ein blutiger Monat zu werden. Tatsächlich begann es schon vorher (auch ein „11. September“ für Bolivien) mit einem Massaker von ungefähr 20 Campesinos (bis jetzt ist die genaue Zahl nicht klar) im Departement Pando (im Länderdreieck Bolivien-Peru-Brasilien), durch Milizen der Präfektur. Gleichzeitig hielt in Cochabamba und La Paz das Seilziehen um das Plebiszit zur neuen Staatsverfassung an. Der so genannte „nationale Dialog“ zwischen Vertretern der Präfekturen des Ostens des Landes und der Regierung hatte in einem völligen Debakel geendet. Immer mehr hörte man wieder die Gerüchte eines bevorstehenden Bürgerkrieges oder eines Staatsstreiches (die Regierung sprach von den Plänen eines „zivilen Staatsstreiches“).

Schliesslich raffte sich der Kongress in einer Marathonsitzung dazu auf, den Verfassungsentwurf zu revidieren und alternative Vorschläge zu machen. Während die Parlamentarier in La Paz Tag und Nacht über den 425 Artikeln der vorliegenden neuen Staatsverfassung brüteten, machten sich die sozialen Bewegungen im 200 Kilometer entfernten Caracollo auf, im „Marsch auf La Paz“ Druck auszuüben und den Dialog praktisch zum Erfolg zu zwingen.

Am 20. Oktober, als dieser „Marsch“ mit inzwischen gegen 100.000 Menschen in La Paz eintraf, lenkten sowohl die Regierung als auch die Opposition ein und unterzeichneten einen Kompromissvorschlag für eine Staatsverfassung, über die das Volk am 25. Januar 2009 befinden soll. Das Wunder war vollbracht: Statt eine Einkesselung des Parlaments übte sich die Menschenmasse in Festfreude.

Es wurden viele Änderungen an dem von der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegten Entwurf vorgenommen, Konzessionen auf beiden Seiten gemacht, ohne aber den „Geist“ der neuen Verfassung entscheidend beschnitten zu haben. Es geht darum, der neoliberalen Ära ein Ende zu bereiten, die bisher immer ausgeschlossenen Bevölkerungsteile der Indígenas aktiv einzubeziehen, eine weit gehende Autonomie der Regionen und Provinzen sicher zu stellen und nicht zuletzt einen Säkularstaat zu begründen. Die Regierung hat auf die Möglichkeit einer zweimaligen Wiederwahl des Präsidenten und auf eine Begrenzung des Grossgrundbesitzes mit rückwirkender Wirkung verzichtet. Die Opposition hat Eingeständnisse im Bereich der Autonomien und Bodenschätze gemacht.

Am 25. Januar 2009 stimmt die Bevölkerung Boliviens über eine neue Staatsverfassung ab, womit ein (vorläufiges) Ende an eine lange Zeit der Ungewissheit und der politischen Spannung kommen dürfte. Und Ende 2009 sind (vorgezogene) Wahlen angesagt, bei denen sich der amtierende Präsident Evo Morales zur Wiederwahl für weitere fünf Jahre stellen kann. Dann aber soll auch das Parlament neu bestellt werden, das (insbesondere der Senat) bis jetzt in den Händen der Opposition war. Es wird sich also zeigen, ob die heutige Regierung bis Ende 2009 bei der Bevölkerung über genügend Anhang verfügt, oder aber ob diese von den bisherigen Ergebnissen enttäuscht ist und einer möglichen Alternative (die bis jetzt nicht zu erkennen ist) den Vorzug geben wird.

Politisch wird sich Bolivien 2009 wohl in etwas ruhigerem Fahrwasser bewegen, auch wenn viele Probleme einer Lösung warten. Wirtschaftlich aber geben die Prognosen zu Sorge Anlass.

Die Armen können nicht ewig warten

Durch die politischen Turbulenzen der letzten Jahre sind die vielen Unbemittelten und Minderbemittelten immer wieder getröstet worden. Die Regierung hat durch die so genannten „Verstaatlichungen“ vieler Sektoren (Erdgas, Erdöl, Minen, Telekommunikation) Erwartungen geweckt, die zum grossen Teil nicht erfüllt werden konnten. Obwohl die Wirtschaft nach offiziellen Angaben 2008 um 6.57% gewachsen ist, merken die einfachen Leute davon nichts, im Gegenteil. Die Preise sind innert Jahresfrist um 12% (offizielle Inflationsrate) gestiegen, aber in Wirklichkeit sind gerade die Grundnahrungsmittel zum Teil doppelt so teuer geworden. Die Brötchen kosten zwar nach wie vor 40 Cent, sind aber merklich kleiner geworden.

Durch die internationale Finanzkrise sind die Preise für die Bodenschätze in den Keller gesunken, sodass verschiedene Betrieben und Kooperativen ihre MitarbeiterInnen entlassen mussten. Die Arbeitslosigkeit, die sowieso schon erschreckend hoch ist, nimmt also noch weiter zu. Zudem kehren immer mehr bolivianische „GastarbeiterInnen“ aus Spanien, den USA und der Europäischen Gemeinschaft zurück, um sich zur Masse der Arbeitslosen und informellen ArbeiterInnen zu fügen. Man nimmt an, dass nur 15 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung einen festen und sicheren Arbeitsplatz hat, und damit auch eine Krankenkasse und eine sehr bescheidene Arbeitsvorsorge. Der grosse Rest lebt von der Hand in den Mund und stürzt sich bei einem schweren Krankheitsfall oder einem Unfall in grosse Schulden.

35% der bolivianischen Bevölkerung lebt in „extremer Armut“, was bedeutet, dass eine Person mit einem Dollar (rund 1.2 SFr. oder 0.75 Euro) pro Tag auskommen muss. Weiter 30 bis 40% leben in „gemässiger Armut“, müssen also mit 2 Dollars pro Tag überleben. Dabei rechnet man für den „Nahrungskorb“ pro Monat und Person allein schon hundert Dollar. Nur 20% der Bevölkerung lebt in einigermaßen gesicherten Verhältnissen und braucht sich nicht täglich ums Überleben zu kümmern.

Zwar hat die Regierung eine Basisrente für die älteren Menschen (ab 60 Jahren) beschlossen (35 SFr. oder 25 Euro pro Monat) und allen SchülerInnen der Grundschule einen jährlichen Bonus in der gleichen Grössenordnung zur Verfügung gestellt. Vorgesehen war, dass die Rente 2009 um 50 Bs. (8 SFr.) angehoben werden sollte, aber wegen der Finanzkrise und den gesunkenen Rohstoffpreisen muss die Regierung davon absehen. Trotz diesen Verbesserungen aber nehmen das Unbehagen und die Ungeduld in weiten Kreisen der Bevölkerung zu, und viele beginnen inzwischen offen gegen die Regierung und ihre nicht eingehaltenen Versprechen zu murren. Trotz dem „sozialistischen“ Programm der Regierung geht es den meisten Armen schlechter, hat

die Arbeitslosigkeit und damit auch die Kriminalität zugenommen und bleibt vielen nichts anderes übrig, als nach Gelegenheitsarbeiten Ausschau zu halten.

Daher ist es wohl kaum zu verwundern, dass sich die Anzeichen eines wachsenden Drogenhandels, Entführungen mit Erpressungen, einer immer tiefer verankerten Vetternwirtschaft und Korruption, sowie eines blühenden Schmuggels von subventionierten Gütern mehren. Das nackte Überleben kennt keine Moral, vor allem keine Loyalität gegenüber einer ideologisch aufgepeitschten Regierungsdoktrin. Die einfachen Leute suchen sich überall Nischen, sei es am Rande oder eben auch gegen das Gesetz.

Bolivien existiert nicht in den Reisekatalogen

Immer wieder hören wir von BesucherInnen aus Europa, dass in den Reisekatalogen von Bolivien gar nicht die Rede ist. Die geführten Reisen richten sich auf Peru, Argentinien, Chile und vielleicht Brasilien, aber überspringen Bolivien, als ob es sich um einen Aussätzigen handelte. Tatsächlich haben viele Angst, Fuss auf bolivianischen Boden zu setzen. Man hört von politischer Gewalt, Kriminalität, schlechter Infrastruktur, mangelnder Sicherheit, Strassenblockaden und Massenaufständen.

Dabei hätte Bolivien so viel zu bieten. Jemand meinte, Bolivien ist ein touristischer Geheimtipp, noch fast unberührt, nicht verdorben von der internationalen Tourismusindustrie, mit einer unvorstellbaren kulturellen und landschaftlichen Vielfalt. Wir können das nur bestätigen: Bolivien hat 95% aller Klimazonen und Landschaftstypen der Welt zu bieten, hat einen kulturellen Reichtum, der mit wichtigen Städten Europas konkurrieren kann, um nicht auch noch die gastronomische Vielfalt und die niedrigen Preise zu nennen.

Nur eben: Luxus gibt es nur auf einigen „Inseln“, und den europäischen Komfort beim Reisen sollte man lieber gleich zuhause lassen. Wer aber nicht auf ausgetrampelten Pfaden unterwegs sein möchte, ist in Bolivien genau richtig.

Alternativer Tourismus ist sicherlich eine Goldgrube für Bolivien, aber dazu braucht es eben eine gewissen politische Stabilität und ein Minimum an funktionierender Infrastruktur. Hoffen wir, dass beides im Neuen Jahr einen entscheidenden Schritt nach vorne machen kann.